

**Interpellation Franz Nebel, FDP, Bad Zurzach, vom 5. Juni 2012 betreffend
Fahrzeugaufbrüche und Fahrraddiebstähle mehrheitlich durch Asylbewerber aus
Nordafrika während den letzten 4 Monaten**

Text und Begründung:

Im Aargau wurden in den ersten 4 Monaten dieses Jahres viermal mehr Fahrzeugaufbrüche registriert, als in der Vergleichsperiode des Vorjahres, total 580. Ähnlich ist die Lage in anderen Kantonen: Bern meldet 600, Freiburg eine Steigerung um 420 Prozent. Als Täterschaft hat die Kantonspolizei Aargau mehrheitlich Asylbewerber aus Nordafrika identifiziert. Diese Mitteilung kann meinerseits mit Fahrraddiebstählen und vermutlich auch mit Ladendiebstahl-Delikten ergänzt und derselben Klientel zugeordnet werden. Bei der Bevölkerung, insbesondere auch in Regionen mit Asylbewerberunterkünften, wie beispielsweise in Rekingen/Bad Zurzach, ist eine gewisse Verunsicherung, Angst und vor allem auch Ärger festzustellen.

Diese Tatsache habe ich aufgrund von Meldungen aus der Bevölkerung bereits Ende März 2012 mündlich Frau Regierungsrätin Hochuli gemeldet. Mit Mail vom 2. April 2012 hat mir das Departement Gesundheit und Soziales, Kantonaler Sozialdienst, Steuerungsausschuss Asylwesen, eine Antwort zugestellt, die mir damals vernünftig erschien. Kurz zusammengefasst: Für die Betreuer sei es eine Daueraufgabe, den Asylbewerbern die Regeln klar zu kommunizieren und immer wieder darauf hinzuweisen, dass strafrechtlich relevantes Verhalten nicht toleriert werde und womöglich auch sanktioniert wird. Man habe die Betreuung vor Ort darauf hingewiesen, dass sie sich diesen Problemen verstärkt annehmen.

Damals war mir aber das Ausmass dieser Delikte im Kanton und anderswo nicht bewusst. Es kann nicht nur bei den in der Antwort gemachten Aussagen bleiben. Handlungsbedarf ist offensichtlich sehr dringend! Andere Kantone bilden Task Forces ihrer Kantonspolizeien (Freiburg, Genf).

- Was gedenkt der Regierungsrat gegen diese Missstände zu tun? Die Kommunikation der Regeln genügt nicht. Asylbewerber, welche solche Delikte begehen, haben kaum rechtschaffene Asylgründe und wären, meiner Auffassung nach, sofort zu internieren und nach erfolgter Bestrafung aus der Schweiz auszuweisen – und dies kurzfristig ohne lange Verfahren.
- Interveniert der Kanton beim Bund, um mehr Handlungsspielraum zu erhalten?
- Ergreift der Kanton auch zusätzliche Sicherheitsmassnahmen, um die angesprochenen Delikte eindämmen zu können?
- Es ist nicht mehr akzeptabel, dass sich die verantwortlichen kantonalen Stellen immer wieder nur auf die eidgenössische Gesetzgebung und Verantwortung berufen und die beschränkten eigenen Möglichkeiten hervorheben. Taten sind umgehend gefragt!

Mitunterzeichnet von 17 Ratsmitgliedern